Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugspreis monatlich im voraus 1.80 RMk. frei ins Haus. Einzelne Nr. 10 R.-Pfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6gesp Petitzeile 15 R.-Pfg., von außerhalb des Bezirkes 20 R.-Pfg., 3gesp. Reklamezeile 45 R.-Pfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingesandte 10 R.-Pfg., Nachweise- und Offertengebühr 20 R.-Pfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 209. Postschließfach Nr. 43. Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank in Colditz, Filiale Waldenburg. Stadtgirokonto Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichen zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Für die Redaktion verantwortlich Otto Kästner in Waldenburg Sa.

Druck und Verlag der Firma E. Kästner in Waldenburg Sa.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (E. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/2 3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferer, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Ndh., Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Niederwinkel, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 296 — Sonntag, den 20. Dezember 1931 — 54. Jahrgang.

In Basel will man nicht auf die Tributzahlungen verzichten.

Der deutsche Reichsetat ist wieder unter die Zehn-Milliarden-Grenze gesenkt worden.

Das in der Notverordnung verankerte Mietskündigungsrecht bleibt in der ursprünglichen Form bestehen, nachdem das Reichskabinett die Angelegenheit erneut erörtert hat.

Das Präsidium des Reichslandbundes wurde durch Zuwahl des nationalsozialistischen Abgeordneten Willikens ergänzt.

Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, bereiste Sachsen zur Besichtigung der sächsischen Bahnanlagen. Durch vorgesehene Neu- und Umbauten erwartet man Beschäftigungsmöglichkeiten für die sächsische Industrie.

Der geplante sächsische Autotrust ist nun zustande gekommen.

Der Mißtrauensantrag gegen den preußischen Finanzminister Klepper wurde im Landtag mit 217 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

Der Zuschuß für die preußischen Staatstheater wird für dieses Jahr auf 9,2 Millionen RM. veranschlagt.

Auch die bekannte große Maschinenbaufirma Borsig in Tegel mußte ihre Zahlungen einstellen.

Im österreichischen Nationalrat kam es zu heftigen Lärmszenen.

Die Heimwehrangeklagten Dr. Pfriemer und Genossen in Oesterreich wurden freigesprochen.

Die englische Note auf die französische Reparationsdenkschrift betont die Dringlichkeit der endgültigen Regelung des Kriegsschulden- und Reparationsproblems.

England will das Pfund erst nach Aufhebung des Druckes durch die Tributzahlungen stabilisieren.

*Waldenburg, 19. Dezember 1931.

Neues vom Währungskriegsschauplatz

Muß Frankreich Gold abgeben? — Die feste Mark. — Fünf Milliarden ans Ausland zurückgezahlt.

Die besonderen Gründe der jüngsten Entwicklung auf dem Währungsgebiet sind noch nicht restlos geklärt. Die Voreindeckungen des englischen Handels im Hinblick auf die beabsichtigten Schutzzollmaßnahmen, die Operationen der niederländischen Staatsbank und andere Faktoren wirkten bei dem letzten Pfundsturz zusammen, während größere Pfundverkäufe für französische Rechnung diesmal anscheinend nicht stattgefunden haben. Die französischen Pfundguthaben bilden in ihrer statistisch kaum feststellbaren, jedoch vermutlich immer noch beträchtlichen Höhe einen andauernden Beunruhigungsfaktor für die Devisenmärkte. Hiervon abgesehen sind bei den europäischen Notenbanken die Devisenvorräte in den letzten Wochen weiter erheblich eingeschrumpft. Sie übersteigen nirgends mehr den Umfang, der für die Handhabung einer normalen Devisenpolitik erforderlich erscheint, ohne für die Währungspolitik der Länder, auf deren Valuten die Forderungen laufen, eine Bedrohung darzustellen. In dieser Hinsicht kann die Struktur der Devisenmärkte, die jahrelang ihr charakteristisches Gepräge durch das Vorhandensein einer auf 40 bis 50 Millionen RM geschätzten Kurzgeldposition erhalten hatte, als weitgehend geklärt bezeichnet werden.

Dieselbe Feststellung gilt auch für die Goldbewegung. Die amerikanische Goldsituation hatte eine Zeitlang Anlaß zu Erörterungen gegeben. Es besteht aber kein Zweifel, daß selbst die Liquidierung der letzten großen Guthaben die Kreditbasis des amerikanischen Federal Reserve-Systems kaum fühlbar beeinträchtigen würde. Mit der Feststellung, daß die mit währungspolitischen Erwägungen zusammenhängende Goldbewegung zu einem gewissen Abschluß gekommen sein dürfte, ist allerdings die Problematik der Goldmärkte noch keineswegs erschöpft. Die Geneigtheit Frankreichs, an dem devisenpolitischen Status quo so wenig wie möglich zu ändern, wird erst dann auf eine härtere Probe gestellt, wenn die Gestaltung der französischen Zahlungsbilanz Rücksichtnahmen dieser Art nicht mehr gestattet. Nach den jetzt veröffentlichten Ziffern für den französischen Außenhandel während der ersten zehn Monate dieses Jahres beträgt das Gesamtdefizit zirka 10,6 Milliarden Francs. Die unsichtbaren Posten der Zahlungsbilanz schrumpfen ebenfalls mehr und mehr ein, der Fremdenverkehr geht zurück, und die Zinsen aus Auslandsanlagen werden unsicherer. Der Zeitpunkt erscheint nicht mehr allzufern, an dem Frankreich gezwungen sein wird, Gold abzugeben, bezw. die noch vorhandenen Devisenanforderungen in Gold geltend zu machen.

Leider wird das Goldproblem, das gerade anfing, in eine natürliche Lösung einzumünden, durch die handelspolitische Entwicklung eine neue Erschwerung erfahren. Es bedarf keines Beweises mehr, daß der Goldwährungsmechanismus in der Form, wie er in den letzten zwanzig Jahren arbeitete, keinen befriedigenden Regulator der Goldbewegungen darstellte, und die Anhänger der klassischen Goldwährungstheorie sind durchaus im Recht, wenn sie die Forderung erheben, daß man die Währungssysteme in Zukunft weitgehend von den Anhängseln befreien müßte, die sich bei den verschiedenen Währungen mehr oder weniger stark herausgebildet haben. Auch über die Zweckmäßigkeit einer offenen Marktpolitik, wie sie ja gerade in den Vereinigten Staaten eine starke Entfaltung erfuhr, sind die Meinungen nicht mehr einheitlich.

Es ist besonders erfreulich, daß der Auslandswert der Mark den Erschütterungen der letzten Wochen nicht nur standgehalten hat, sondern sogar eine ununterbrochene Befestigung erfahren konnte. Die straffe Devisenpolitik der Reichsbank kommt hierin deutlich zum Ausdruck. Die Reichsbank hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Devisenbilanz offengelegt, und es gibt wohl keine Notenbank, deren Devisenposition in ähnlich klarer Weise vorliegt und auch laufend verfolgt werden kann, wie dies bei unserem Noteninstitut der Fall ist. Der Reichsbankpräsident hat wiederholt dargelegt, daß der entscheidende Einfluß auf die deutsche Devisenbilanz von den Kreditrückzahlungen ausgeht, die seit dem Inkrafttreten des Stillhalteabkommens bis Mitte November mehr als eine Milliarde RM betrugen. Ohne diese Kreditrückzahlungen hätte die Reichsbank statt eines Devisenverlustes von 510 Millionen RM einen Zugang von 210 Millionen ausweisen können. Auch eine weiter günstige Entwicklung des Außenhandels würde auf die Dauer Kreditrückzahlungen im bisherigen Tempo unmöglich machen. Was die Reichsbank und die Großbanken in dieser Hinsicht seit dem Herbst vorigen Jahres geleistet haben, geht ohne weiteres daraus hervor, daß annähernd fünf Milliarden RM an das Ausland zurückgezahlt worden sind. Immerhin besteht eine Wahrscheinlichkeit, daß die Reichsbank mit derartigen Ueberraschungen nicht mehr in dem früheren Umfange zu rechnen braucht und daß das Institut für die kommenden schweren Monate bei seiner Devisenpolitik mit einigermaßen konstanten Größen arbeiten kann.

Konjunkturempfindlicher Haushalt.

Bericht über die Reichsbahn.

Basel, 19. Dezember.

Der Sonderausschuß der BIZ hat den Unterausschuß-Bericht über die Reichsbahn entgegengenommen. Der Bericht wurde gutgeheißen und dem Redaktionsausschuß überwiesen.

In dem Bericht werden zunächst die in den Betriebsjahren 1925 bis 1929 erzielten Ueberschüsse mit dem Einnahmerückgang der Jahre 1930 und 1931 verglichen. Während der Betriebskoeffizient in den erstgenannten Jahren 81 bis 85 v. H. betrug, sind in den letzten beiden Jahren die Einnahmen um 1,5 Milliarden oder 28 v. H. gesunken. Die Reichsbahn ist dadurch gezwungen, auf ihre Reserven zurückzugreifen, um daraus ihre Lasten, darunter auch die Reparationen, zu bestreiten.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß es der Reichsbahn im nächsten Jahre nicht möglich sein wird, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Die weitere Entwicklung hänge ab von der Weiterentwicklung der allgemeinen Wirtschaftskrise sowie von den Maßnahmen, die die Gesellschaft in Bezug auf Tarifgestaltung und Ausgaben einschlagen werde. In Deutschland habe, wie in anderen Ländern, die Erfahrung gezeigt, wie konjunkturempfindlich gerade die Haushalte der Bahngesellschaften seien. Die ausgesprochene Erholung des Reichsbahnhaushalts im Jahre 1925 sei ein typisches Beispiel dafür. Trotz allem ergäben die vom Ausschuß vorgelegten Ziffern zusammen mit den festgestellten Tatsachen und den von den Sachverständigen vorgenommenen Vergleichen, daß, sobald einmal Deutschland wie die ganze Welt ihr Gleichgewicht wiedergewonnen hätten, und zu regelmäßigen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückgekommen sein würden, die Reichsbahn in der Lage sein werde, einen reinen Betriebsüberschuß zu erbringen, der dem von anderen Bahngesellschaften erzielten Betriebs-Ueberschuß vergleichbar sei.

Uebrigens hat sich in dem Unterausschuß für die Deutsche Reichsbahn ein ziemlich scharfer Kampf abgespielt. Frankreichs Vertreter versuchten, die Lage der Reichsbahn so günstig wie nur möglich darzustellen, um nachzuweisen, daß die Reichsbahn, wenn auch nicht im Augenblick, so doch in der Zukunft wohl in der Lage sei, die ungeschützte Jahresrate von 660 Millionen aufzubringen. Diese Tendenz der französischen Absichten macht sich auch in den von Paris aus verbreiteten Meldungen bemerkbar.

Man berechnet, daß bei einem Absinken des deutschen Außenhandelsüberschusses von 3 auf 2 Milliarden über die Zinsverschuldung hinaus noch 660 Millionen zur Aufbringung der ungeschützten Youngzahlungen zur Verfügung stehen.

Abgesehen davon, daß noch gar nicht sicher ist, ob überhaupt ein derartiger Ausfuhrüberschuß bleiben wird, vergißt man hierbei ganz, daß Deutschland nicht nur die Zinsen, sondern auch die Schulden selbst bezahlen soll. Auf diesen Punkt weist auch der Bericht des Unterausschusses für den Reichsetat besonders hin, der unter dem Vorsitz Colijns verfaßt wurde. Der Bericht sagt deutlich, daß Deutschland alle Ueberschüsse zur Abtragung seiner Schulden benutzen müsse. Und Colijn betont ausdrücklich, daß beim Fortbestehen der Forderung nach Reparationen die Krisis niemals ein Ende nehmen könne.

„England hat die Reparationen satt."

Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Basel, Layton, hat dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt:

England hat die Reparationen satt. Wir werden das Pfund Sterling so lange nicht stabilisieren, als die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen paralysiert wird.

Antwort aus London.

Note auf die französische Denkschrift.

London, 19. Dezember

Ueber den Inhalt der britischen Antwortnote auf die französische Reparationsdenkschrift glaubt ein „Times"-Korrespondent mitteilen zu können, daß die Note ziemlich lang sein soll und hauptsächlich aus einer Erörterung der allgemeinen Grundsätze besteht, welche die britische Regierung bei den kommenden Verhandlungen beobachtet sehen möchte. Detaillierte Vorschläge bleiben der jetzt in Basel tagenden Sachverständigenkonferenz überlassen.

Die Note soll auch eine Uebersicht über die Wirkung der Reparationen und Kriegsschulden enthalten, die als die Hauptursache der jetzigen Weltwirtschaftskrise dargestellt sind.

Der Korrespondent sagt, daß die britische Regierung in der Note die Auffassung vertrete, die Beseitigung oder Linderung dieser Ursache wäre das wirksamste und schnellste Mittel zur Heilung der Krise, die eine täglich drohender werdende Gefahr für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Europas und der Welt sei.

Wie weiter verlautet, weist die britische Regierung auf die Lage in Deutschland hin, in der sie den Schlüssel der europäischen Krisis erblickt.

Sie bezeichnet in großen Linien, wie nach ihrer Ansicht dieser Lage begegnet werden sollte. Die britische Regierung macht sich die bekannten Argumente zu eigen, die dafür sprechen, Deutschland in die Lage zu bringen, seine kurzfristigen Anleihen zu bezahlen, und legt sie in der Note dar. Auch der Wiggin-Bericht wird ausführlich zitiert, um darzutun, weshalb eine Aktion in dieser Frage wesentlich ist, und um die Wege zu bezeichnen, auf denen das Problem angegangen werden könne.

Der „Times"-Korrespondent erklärt abschließend, die Note betone die Dringlichkeit des Kriegsschulden- und Reparationsproblems aus den angeführten Gründen heraus, sie fordere nachdrücklich, es müsse jetzt eine endgültige Regelung erreicht werden; vorübergehende und halbe Maßnahmen genügten nicht mehr.

SLUB Wir führen Wissen. MUSEUM Naturalienkabinett WALDENBURG